

**Er scheint täglich**  
auszufließen, mit Ausnahme  
der Sonn- und Feiertage.

**Abonnementpreis**  
monatlich 60 Pf.  
vierteljährlich 1,80 Mk.  
jährlich 3,60 Mk. im Voraus.  
Nach die Post bezogen  
1,60 Mk. extra Postgebühr.

„Die Neue Welt“  
(Unterhaltungsblätter)  
wird die Post nicht bezogen,  
kann monatlich 10 Pf.  
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.  
Telegraphen-Bureau.  
Volksblatt Halle/Saale.

# Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

**Intentionserklärung**  
Inhalt: Die Sozialdemokratie  
setzt sich für die Interessen  
des Proletariats ein.  
ca. 15000 - in Wien.  
Studentenvereinigungen in  
Mähren, Böhmen, Galizien,  
Polen, Ungarn, Rumänien,  
Serbien, Bulgarien, Griechenland,  
Rusland, Türkei, Persien,  
Indien, China, Japan, Korea,  
Siam, Philippinen, Ostindien,  
Südamerika, Australien, Neuseeland,  
Südafrika, Südamerika, Australien,  
Neuseeland, Südafrika.

**Interate**  
Für die in der Nummer  
müssen (zuerst) die  
mittags halb 10 Uhr in der  
Expeditoren aufgegeben  
sein.

Eingetragen in die  
**Postverzeichnisse**  
unter Nr. 7908

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Pelitzsch-Bitterfeld,  
Baumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geisstr. 21. Hof 2 Cr

Expedition: Geisstr. 21. Hof part. 1

## Anarchische Zustände in Russland.

Fortgesetzte Unruhe und Aufruhr in Zarensland. Eine Revolution in dem uns von Frankreich überlieferten Sinne ist es freilich nicht. Dem liegt im Wege die moderne militärische Macht des Staats, unterstützt durch Eisenbahnen, Telegraphen u. s. w. Wenn die militärischen Verhältnisse so wären, wie Anno 1789 in Frankreich, so wäre das Haus Romanoff schon längst den Weg der Bourbons gegangen. Die Macht ist also noch immer auf Seiten der zarischen Regierung. Aber das Volk in allen seinen Schichten vermag den Absolutismus nicht mehr zu tragen. Es leidet bald aktiver, bald passiver Widerstand und kann dem Oberan niedergehalten werden. Der russische Absolutismus hat aufgehört, ein den sozialen Verhältnissen entsprechendes politisches System zu sein, er hat seine historische Berechtigung verloren, er steht im Widerspruch zu der ökonomischen Struktur und zu der kulturellen Entwicklung des Landes, er ist zur Tyrannie geworden. Nur weil der Zar und seine Minister es also wollen! Auf der einen Seite die Befehle der geschichtlichen Entwicklung, auf der anderen die Wille einzelner Personen — es ist einer jener schmerzhaften Widersprüche zur materialistischen Geschichtsauffassung, die die Historiker so sehr in Verwirrung bringen. Es ist ein Widerspruch gleicher Art wie die Bedingung des Reiches zu seiner großartigen Fortpflanzung, die Komprimierung der Gasse zu ihrer Expansionkraft, die Differenz der Kreise zum Übergang. Wenn also die Revolutionen daraus wenigstens die Lehre ziehen möchten, daß durch energische Anwendung der Staatsgewalt sich allerdings sehr vieles durchsetzen lasse!

Die zarische Regierung lebt in einem permanenten Konflikt mit der Bevölkerung, sie existiert nur noch in fortwährendem Kampf um ihre Existenz. Um eine Revolution zu vermeiden, muß die Revolution jeden Tag aufs neue unterdrückt werden. Bald hier, bald dort, an hundert Stellen zugleich erhebt der Aufruhr, der Hochverrat sein Haupt. Ein Augenblick der Schwäche, und schon lodert es in hohen Flammen auf. Der Staat, unterteilt durch Eisenbahnen, Telegraphen, ist überall gleich zur Stelle, — aber vor lauter Befähigung des Unruhens droht die gesamte Staatsmaschinerie. Alle Interessen treten zurück gegenüber dem Selbstbehaltungsinteresse der Autokratie. Die politische Polizei wird zur herrschenden Institution. Vor der Öffnungstür steht nicht mehr: Reichum, soziale Stellung, Rang, aristokratische Abkunft! Das Beamtentum, im Besitz seiner Allmacht, achtet nur nichts zurück, um sich persönliche Vorteile zu verschaffen. Es stiehlt, raubt, erhebt eigenmächtige Umlagen; es hebt Gesetz, Sitte, Ordnung auf und etabliert ein neues Faustrecht. Der „Unterthan“ ist nicht mehr seines Vermögens, seiner Ehre, seines Lebens sicher. Jeder Tag bringt neue Bedrückung, Gefangnisse, Exilien, Galgen!

Und die Erbitterung wächst. Niemand gehorcht willig. Die Regierung hat jede moralische Autorität verloren. Man freunt sich jeder ihrer Mißfolge, man fühlt sich unglücklich, wenn sie triumphiert. Was sie nicht direkt eingreift, geschieht alles sicher gegen ihren Willen. Und sie kann nicht überall eingreifen.

Mit der Entwicklung der Industrie und der modernen Städte, der Eisenbahnen, Telegraphen u. s. w. wird das wirtschaftliche und kulturelle Leben so kompliziert, so formenreich, so weit verzweigt und schnell wechselnd, daß es von oben herab, von einem zentralen Punkte aus nicht mehr reglementiert werden kann. Die Bürokratie glaubt, den Staat zu erhalten, und sie erhält nur sich selbst, sie verbraucht alle Kräfte des Staates, um sich aufrecht zu erhalten. Unter ihr schlägt das frische, pulsierende Leben an tausend Stellen durch, der gegen sie gerichtete Strom des öffentlichen Interesses schwillt an, drohend, alle Dämme zu zerreissen.

Der Widerstand wächst. Er ist überall. Stets von neuem niedergeworfen und stets aufs neue sich erhebend, trotziger denn je. Seit Jahr und Tag kommen aus dem Zarensland lauter Nachrichten von Aufruhr, Kampf und Blutgerichts. Bald ist es eine blutige niedergeworfene Studenten-Revolte, bald eine Straßen demonstration, die mit einer Niederbrechung durch Kosaken endet, ein Attentat, ein Bauernaufstand! Wir stellen, soweit es nach den lächerlichen Angaben möglich ist, eine Uebersicht dieser Protest-Erscheinungen für das Jahr 1901 zusammen.

1901 JANUAR. Studenten-Umrufen an der Petersburger Unwersität, an der Frauen-Hochschule, in der Bergakademie, in der Fort-Akademie, in der Industrie für Elektrotechnik, in dem Verkehrsministerium, in dem Frauenverein für Medizin, in der Viehwirtschaft, in Moskau, in der Kaufmanns- und Studenten-Liga, in Moskau. Hunderte von Studenten werden relegiert und zum Strafmilitärdienst verwiesen.

FEBRUAR. Rasowitsch erregt den Kultusminister Bopoffers. Rasowitsch schießt auf Bobodonsow. Fortgesetzte Unversität-Umrufen und Demonstrationen den ganzen Monat hindurch. Am 19. Februar, dem Tage der Bauernbefreiung, große Straßen-Demonstrationen, besonders in Charkow, wo 200 Personen verhaftet wurden. In Petersburg riefen die Schulleute, Dozenten und Kosaken eine hundertfache Menge unter den Demonstranten an. Zahllose Verhaftungen und Studentenverurteilungen. Am 23. und 24. Februar abermals Studenten-Demonstrationen in Moskau. Auch Arbeiter nehmen an der Straßen demonstration teil.

Abends des gleichen Tages wird die Demonstration in noch größerem Umfang wiederholt. Am 25. Februar tritt das Volk nicht mehr zu Tausenden sondern zu Hunderten zusammen. Die Boulevards und Plätze im Zentrum der Stadt sind von den Massen überflutet. Nur mit Mühe gelingt es den Schulleuten und Kosaken, der Menge, die sich teilt und in Haufen von mehreren Tausenden durch verchiedene Straßen zieht, Herr zu werden. Am den nächsten Tagen dauern die Demonstrationen in kleinerem Umfang fort.

MÄRZ. Am 1. März Demonstrationen mehrerer Tausend Studenten in Petersburg. Das brutale Verfahren der Polizei und Kosaken bei der Unterdrückung dieser Kundgebung erregt förmliche Proteste im ganzen Lande. Die angelegentlichsten russischen Schriftsteller, diezig an der Zahl, unterzeichnen eine Protestpetition an den Zaren — wie aus ihnen werden verhaftet, die meisten auf längere Zeit aus dem Gefängnis entlassen. Auch einzelne Personen von hohem Rang — Aka-

dem, Professoren, Mitglieder des Senats — erheben Protest gegen die Brutalität der Polizei. Große Straßen demonstrieren von Arbeitern und Studenten — ca. 15000 — in Kiew. Studentenvereinigungen in Mähren, Böhmen, Galizien, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Bulgarien, Griechenland, Rusland, Türkei, Persien, Indien, China, Japan, Korea, Siam, Philippinen, Ostindien, Südamerika, Australien, Neuseeland, Südafrika.

April und Mai. Trotz der unmaßgeblichen Maßregeln der Polizei, der Abberung der Arbeitervereine usw., finden in allen Industriezentren Maidemonstrationen statt. Am 7. Mai erheben sich die Arbeiter der Dudenowischen Stahlhütte bei Petersburg. Sie sammeln sich in mehreren Tausenden auf dem Zehrfelder Platz und marschieren nach der Fabrik und besetzen die Fabrikhütten wiederholt. Die Bewegung beginnt um 2 Uhr und dauert bis spät in die Abend. Um 6 Uhr vereinigen sich mit den Leuten von den Stahlhütten Arbeiter und Arbeiterinnen aus anderen Fabriken. Alles Aufgehob der Polizei und Kosaken hilft nichts. Die Demonstranten perzen den Verzeß mit Petersburg ab. Und sie zerstreuen sich nur nach wiederholten tödlichen Gemeyssalen der herbeigerufenen Matrosenkompanie.

In den Sommermonaten tritt relative Ruhe ein. Um so erregter sind Polizei und Gendarmerie an der Arbeit. Zahllose Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Verbannungen. Die Regierung erneuert den Belagerungszustand in den Gouvernements der Provinzen, Charkow, Gerasimow, Kiew und Wolhynien, in dem Stadtkreis Petersburg, Odessa und in einer großen Anzahl Regierungsbezirke, einzelner Städte und selbst Dörfer; sie verhängt zum ersten Mal den beschränkten Belagerungszustand über die Städte Tiflis und Baku nebst zwei Regierungsbezirken des Gouvernements Wladimir und noch drei einzelne Städte und Dörfer.

Zahlreiche Streiks, die in Russland schon deshalb als politische Kundgebung zu gelten haben, weil sie verboten sind, die wir aber unendlich alle aufzählen können, setzen sich auch durch den ganzen Sommer fort.

Im September giebt es eine Straßenkundgebung in Kiew.

Oktober. In Petersburg veranlassen ca. 1000 Maurer eine Straßenkundgebung. Am 11. große Straßenkundgebung an der Unwersität Kiew — es wird ein politisches Programm angenommen. Am 15. Studenten demonstrationen in Moskau — große Polizeischlacht. Am 24. große Demonstration an Polytechnikum in Kiew — es werden Beschlüsse gegen die Regierung gefaßt.

November. Fortgesetzte Unversitätsunruhen in Moskau. — Die Studenten verlangen politische Freiheit. Straßen demonstrationen in Minsk. In Minsk-Rogowog Volkskundgebung anlässlich der Ausweisung von G. Gorky. Beschlüsse in Moskau. Unversitätsunruhen in Petersburg, in Kiew, Charkow, Niga — sie fragen einen ausgesprochen politischen Charakter, Tausende von Studenten nahmen daran teil, Beschlüsse werden gefaßt, sich mit den Arbeitern zu Gränpung der politischen Freiheit zu vereinigen. Weitere Straßen demonstrationen in Moskau. Am 24. Straßen demonstrationen der Studenten in Kiga. Am 28. und 29. große Straßen demon-

(Nachdr. verb.)

## Am die Freiheit.

Geschichtlicher Roman aus dem Deutschen Bauernkrieg 1525  
von Robert Schöndel.

Zu Brettheim fanden die Anführer bereits die Gemeinde verlammet und wurden von ihr mit großem Freuden-geklor begrüßt. Gemeinhin lagerte man auf der Weide bei dem ansehnlichen Dorfe. Brot und Wein wurden herbeigeholt und man ob und trank einander in kampferfroher Stimmung zu. Der lange Dienstag war auch dort und er und Lorenz Wegler wurden von dem Brettheimer Säulen zu Hauptleuten ernannt. Nachdem alle satt waren, ließ Simon Neuffer sie einen Ring bilden, trat in die Mitte und sagte ihnen, daß die Wirt die Rechte nicht mehr den Herren, sondern den Leuten, welche seien die grünländlichen und roten Hauptartikel aller Bauernschaften und Hinterlassen der geistlichen und weltlichen Oberleuten, von welchen sie ganz hart und hoch bedrückt würden.

„Nicht lauter Durst, sondern erwartungsvolle Stille begrüßte den jungen Gemeindeführer, als er nun das Büchlein hervor-zog und zu lesen begann. Viele hatten wohl schon von den zwölf Artikeln gehört, etliche sie auch gelesen. Alle lauschten mit angehaltenem Atem. Das Manuskript klang zunächst über warte Beschwerden und forderte die Freiheit der Hand, des Fußens, der Solgung und Beilegung des Wildschindens. Es verlangte ferner die Abstellung der Fronen, der drückenden Steuern, unparteiliche Handhabung des Rechts. Ein dritter Teil endlich betraf die Lehre von der ewangelischen Freiheit, die Aufhebung der Leibeigenschaft, des Zehners und des kleinen Zehnten. Zum Schluß erbot die Bauernschaft, auf jede Forderung zu verzichten, welche nicht mit der heiligen Schrift übereinstimmen sollte.

Nach beendeter Vorlesung nahm Simon Neuffer wieder das Wort und sprach: „Es kann niemand wieder uns aufpassen, Ihr lieben Brüder, und sagen, daß wir unverschieden sind in dem, was wir fordern. Nichts wollen wir als Gerechtigkeit nach all dem Schaden, was wir bislang haben dulden müssen

und haben es niemand klagen können, als der Sonne, die dort oben auch heut uns gehört hat. Auch hat der Dr. Martin Luther, dem die Oberleuten die Artikel zugesandt haben, die Herren ermahnt, daß sie Gerechtigkeit über sollten gegen uns und hat's angenommen, im Schwiedgericht über unsere Klagen zu sitzen. Was hat es geholfen? Wir als daß, was etwan die Herren sich auf Verhandlungen mit ihren armen Leuten eingelassen haben, es blüß zum Schein gesehen ist, um sie hinzuhalten und über sie zu fallen, sobald sie sich hart genug fühlten. So einer noch ein anderes Mittel weiß, uns aus der jammervollen Arndtheit zu erretten, ohne daß wir uns mit Gewalt wider die Gewalt erheben, her los!“

Ein vielhundertstimmiges „Amen“ erklang.

„Also, lieben Brüder“, fuhr Simon fort, „wir haben der Welt hingegen unsere harte Weidernis und unsere Forderungen. Darin sind wir armen Leute einzig vom Adel bis an den Büchsenwald und durch das ganze Land Xrol. Das ist die Karte, die uns alle zusammenhält. Die zwölf Artikel, das ist der Bundschuh von uns allen. So laßt uns denn schwören, daß wir ihm folgen und unsere Weihen mit eher aus der Hand legen wollen, als bis unsere Weidernis abgehandelt sind und aufgehört ist die ewangelische Freiheit.“ Er schloß, indem er die Schwurfinger der Weihen am Himmel streckte: „Ich schwör's es bei Gott, dem Allmächtigen!“

Da haben alle die Hände auf und schworen wie er, schlugen Tirrend ihre Weihen gegen einander und zum Himmel domerte der Ruf: „Bundschuh! Bundschuh!“

Unter diesen lag zu Rothenburg der Innere Rat in Sorgen beunruhigen. Der gelivige Zank war wenig geeignet, der Mitteilung, mit der Ulrich von Adelsheim von den Bauern zurückkam, große Glaubwürdigkeit zu verliehen, und zudem traf gegen mittag ein Boten ein, der sie das Schlimmste befürchtete ließ. Dieser Boten überbrachte ein Schreiben des Fürwerts Bode, der, durch Zuzug von Antonia aus seiner zeitigen Zucht her aufgerichtet, über die Rottierung zu Ehrenbach umständlich berichtete. Die Feder war in die Halle des Weibes und des Pfaffen über die Kaufleute und Beketere der Bauern getauscht und malte insonderheit mit giftiger Schwärze die beiden Dorfmeister und den Gemeindeführer.

Wähler wie Kinder durch Schwärze zu stillen, statt ihren Bedürfnissen abzuhelfen, ist den väterlichen Regierungen von jeher als der höchste Gipfel der Weisheit erachteten. Demgemäß er-

ließ der Innere Rat an die aufgestellten Gemeindefreie Gebotsbriefe, welche die Bauern bei ihrem Unterhandeln, bei dem faterlichen Landfrieden, und dem Evangelium ermahnten, von jeglichem Aufruhr abzuhelfen. Ehrenried Kumpf redete ihnen nicht zum Nutzen, sich selbst aber zum Schaden, indem er bedachte, daß den freilegen Briefen die Ausforderung angehängt werden sollte, so die Bauern Grund zur Klage zu haben vermöchten, sollten sie dieselben an den Rat bringen. Die Herren liegen ihn nicht einmal ausprechen.

„Alu lauge schon hat ein Rat Wilde geist“, rief Konrad Gehrard, und noch selbigen Tages erhielt seine Ansticht eine laudliche Unterweisung. Denn als die Herren nach der Unruhe und Arbeit sich abends auf der Trintstube dem Wein erholten, ward ein Boten zu ihnen herbeigekommen, der den ersten Bürgermeister vergebens in seinem Saute aufsuchte hatte. Der nicht mehr junge Mann, der sich den Herren mit seiner Artigkeit vorstellte, war der Geheimfänger des Markgrafen Kolmar, von dem er ein eigenhändiges Schreiben überbrachte. Der Markgraf bot darin dem Rat seine Hilfe an und riet ihm, den Aufruhr sofort mit Gewalt zu unterdrücken, die nötig machte. Wie er schrieb, hätten sich die Bauern von Koffelbach unter dem Vorwande, einen Wirtshof zu halten, in der Nacht zusammengezogen, mit vier etlichen Hahren die Bauern des Henshales zu dem armen Konrad. Da habe er an 60 Reiter hingekickt, die sie durch die Weide brachten nicht lange zu warten. Der Rat lehnte die angebotene Hilfe dankend ab; er wollte erst in Güte zu handeln versuchen, und der Geheimfänger schied mit der Versicherung, daß der Rat stets auf die Waffenhilfe des Markgrafen von Ansbach zählen dürfe; Gite hätte um 10 dringender war, als die Bauern in der Gegenwart von Ulm, in der Reichsstadt und im Schwarzwald die bereits empfangen hätte. Er verließ jedoch nicht unmittelbar die Stadt, sondern schickte den Reitherr, der mit seinem Herde

fraktionen der Studenten und des Volkes in Charlott: ge-  
waltige Arbeitermassen nahmen daran teil 12 bis 15 000  
Demonstranten. Das war, wie in allen Fällen, fürstbare  
Mitsprache durch die Menge.  
Dagegen. In Charlott kommt es am 3. Dezember aber-  
mals zu einer Massen demonstration. Kleinere Demonstrationen  
finden statt: in Odesa, Schitomir, Kriwi, Galizien, Krasnodar,  
Sjebolot, Wladimir, Krasnodar, Tomsk, Jaroslaw, Sjar-  
tow, Wolgograd, Astrachan und das Gouvernement Wilna. Das  
ist die offizielle Anerkennung der Revolution, daß das ganze  
Land sich in Aufruhr befindet.

Diese Aufregung der Demonstrationen vom Jahre 1901  
erregt selbstverständlich nicht den geringsten Ansporn zu Volk-  
hängigkeit — bei den bekannten russischen Verhältnissen  
gelangt nur das Wenigste in die Öffentlichkeit.  
Das Jahr 1902 begann nicht minder tumultuös. Wir hatten  
die Entscheidung des Ministerrats Sinjowin und das Attentat auf  
den Gouverneur von Bahl. Die Universitätsunruhen dauern  
fort, sie tragen einen offen revolutionären Charakter. Straßen-  
demonstrationen gab es: in Kiew (mehrmals), in Petersburg  
(mehrmals), worunter besonders bemerkenswert Volkshäufung  
im Volkshaus und die große Massen demonstration am 3. März,  
Sjebolot, Wolgograd, Odesa, Nowosibirsk, Galizien, Krasnodar,  
Minsk, Dorpat, Warschau. Es kam zu großen Zusammenstößen  
in Kiew, Odesa und in den ukrainischen Provinzen. Bauern-  
unruhen wurden aus dem Gouvernement Minsk (Sowjet-  
Gouvernement) Wilna (hier finden nach der Meldung der Moskauer  
Blätter monatlich 50 000 deutsche Soldaten in wie ein Mann  
sich erheben haben) gemeldet. Schließlich die große Bauern-  
erhebung im südbaltischen Guberniet.

So geht es in einem Fort. Es ist keine Revolution, aber es  
ist die Aufhebung des Staatsrechts. Es sind anarchische  
Zustände. Und das Ende? Der deutschen Revolution ging  
ein Jahr voraus, den Revolutionen Alexander II. der Krönig:  
in ihrem Kampf gegen den Unruhr arbeitet die zarische Regie-  
rung auf ein russisches Jena, auf ein neues Waterloo und ein  
neues Sebastopol hin. Einen kräftigen Stoß von außen hätte  
das in innen kämpfen sich aufhebende Jaretsch nicht mehr  
aus — und dann wird die große Revolution der Romanoffs  
aufgemacht!

## Zum Zollkrieg.

In der Zollkommission wurden gestern die Güte der  
Votitionen 245—249 erledigt. Sie behandeln Wachs, Weizen,  
Fette. Seien wohl mehrere mineralische Stoffe und Produkte.  
Die Zollhöhe wurde meist nach der Regierungsvorlage angenom-  
men. Bei Weizen und Baraninapapier legte das Zentrum  
mit Rücksicht auf die Arbeiter eine Zollermäßigung von  
10 auf 9 M. pro Doppelcentur durch.

Der Vorsitzende Reichsrat verhandelt es gleich in der ersten  
Sitzung wieder. Sie sind nicht so klar. Er behauptete, die  
deutschen Landwirte würden mit nichts zu tun haben mit  
Wachsenden annehmend, die als Schutzwort aus dem Ausland  
einführen, während doch natürlich festgestellt ist, daß ge-  
rade bei Wachsenden fremde Einfuhr so gut wie gar nicht  
in Frage kommt.

Und das sind die Führer des Zollwuchers!

## Tagesgeschichte.

Salle, 28. Mai.

### Preussischer Landtag.

Das Abgeordnetenhaus hatte in seiner gestrigen Sitzung,  
der ersten nach den Ferien, zu etwas wie einen „großen  
Tag“, wenigstens wies das außerordentliche Haus, die überfüllten  
Bänke und die Menge der Redner, auf die Wichtigkeit der  
ersten Regierungsvorlesung hin. Das war das Ungeübteste in  
dieser Zeit. In der Zeit ist eine Viertelmilliarde — um so  
viel handelt es sich bei der neuen großen Vollen Vorlage —  
eine Kleinigkeit in einer Zeit der massiven Depression, in der  
man sich bei allen sozialen Forderungen zu gern auf die  
Kantons zurückziehen darf. Von den 20 Millionen, die  
der Vollen Vorlage, aber Maßnahmen zur Stärkung des  
Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Polen  
verlangt, sollen 10 Millionen zur Vermehrung des Fonds der  
Anleihekommission dienen, die übrigen 10 Millionen zur  
Vermehrung des Domainenfonds und zu Ausstattungen in  
Polen und Westpreußen. Außerhalb des Reiches ist die  
Energie und Konsequenz vorhanden, das schäme ich Eingehende  
von der Schwäche: durch neue riesenhafte Anleihen und  
man in der Art zu banquo spielender Bankrottieren das vor-  
weggehende Risiko der Anleihekommission zu verkaufen und  
zu verhandeln, um so ein Jahr gewaltig „aufzutreiben“, das  
man politisch längst erobert hat, von dessen moralischer und  
faktischer Eroberung aber man entermet ist dem je.

vor der Trinitatis wartete, an das innere Wütherer hinaus  
und trat selbst in das Haus Stephan von Menzingen.

Dieser sah den Geheimredner mit höchstem Vergnügen in  
seiner Stunde nicht unterlassen, sich zu zeigen, und  
welchem Auftrag der Margraf hin an den Rat geschickt wurde  
und ging auf den Zweck seines Besuchs über: „Ich habe Euch  
Herr Ritter“, zu äußerte er, vor allen Dingen der fort-  
dauernden Schuld seiner künftigen Gnaden, des Herrn Mar-  
grafens zu ver sichern. Das kaiserliche Kammergericht ist auf  
seinen Befehl durch mich mit allen Dokumenten, Schriften und  
Akten versehen, die in dem hiesigen Verwaltungsbüreau Euch  
nützlich sein können.“ Stephan von Menzingen dankte ihm mit  
einem Handdruck und er fuhr fort: „Nicht mir, sondern Sie,  
Gnaden, müßt Ihr danken, die einen treuen Diener in be-  
sonderer An der schwereren Zuständen wiegt ein guter Rat  
schwerer als Gold.“

Ritter Stephan legte die Hand auf die Brust und versicherte,  
daß kein geringerer Herr zu Dankschuld über ihn gebieten könne.  
„Obwohl mein Rat kaum von Gewicht sein kann, wo Sie kaiserliche  
Gnaden über die fünfzigjährige Arbeit, die Herr Margraf,  
Herr Graber, Herr Ritter, und der Geheimredner verleiht,  
indem er seinen alten Willen ein Gabeln aufzugeben: „Ihr  
müßt es meiner Artum annehmen, Herr Ritter, daß ich auf  
die feine Mühe Eurer Schmeichelei nicht Euren großen Ver-  
dienstem gemäß herauszugeben vermag. Das gefahrte, daß ich  
nicht selbst für meine Interessen, es kann einem Zweifel sein, daß  
der Rat aus eigener Kraft den Aufbruch nicht überdauern kann, mögen  
indem ich, Warum lehnt er den Bestand meines gnädigen  
Herrn ab?“

„Timeo Danaos et dona ferentes.“ Die Kasse der Gnaden  
dünkt den Rat ein Danaergeld, erwiderte Herr Stephan  
auf einem Augenblick, den Herr Margraf, Herr Graber,  
Herr Ritter, und der Geheimredner zu sein, aber auch war  
es kaiserliche Gnade wieder los wird, das ist eine andere  
Frage. Der Rat müßt daher von zwei Leben dasjenige, was  
zu dem geringeren erweist.“

„Ich dachte es ist der Geheimredner. Aber das Ge-  
heimwohl der Herren besteht ein reiches Erbsen der Empörung.  
Diese sogenannten freien Städte mit ihrem Kammerregiment  
sind ein Wahl im Gleich des Reiches.“

„Mit dem Wohl der Bürgerdank ist das Regiment der We-  
galecher freilich schwer vereinbar, sprach Stephan von Men-

graf Wiltors, der die Verhandlungen mit einer längeren Rede  
einleitete, machte die Schwäche seiner Position empfinden: er  
sprach nervös und weniger wirksam als sonst, und seine üb-  
lichen Nebenbemerkungen vom notwendigen Schutz der  
„nationalen Interessen“, von Magnanimität, im Interesse der Sicherheit und  
Ungeachtet der Monarchie“ wirkten abgestumpft und grübelnd.  
Dieses will es bedauern, wenn der Ministerpräsident sich für einen  
Feind der Politik der Volksgenossen und der Nationalität er-  
klärt und in denselben Atemzuge ein Geis verteidigt, dessen  
offen ausgedehnter Zweck die Verbindung und Bewandlung  
von 3 Millionen deutschen Staatsbürgern ist? Graf  
Wiltors sagte recht richtig die Worte des hiesigen Monarchen, viel  
empfindlicher er werde alle Nebenbemerkungen auf Abänderung  
bestehender staatsrechtlicher Verhältnisse rückwärts unter-  
drückt, und preis begierig die Erhaltung deutscher Seite und  
Art unter dem Scheiter der Dohrenpolitik — aber er vermochte  
doch nicht recht zu verstehen, daß ihm bei dieser letzten Ver-  
einbarung, die bisherige Anleihepolitik habe sich nicht  
bewährt, wirkte angelegentlich des offenkundigen Mißerfolges dieser  
Politik geradezu überflüssig, und ebenso vernünftig war sein Ver-  
ständnis, die Vorlage als eine Fortsetzung der bis dahin geüb-  
ten Anleihepolitik zu betrachten, und nicht als eine neue Maß-  
nahme der Art und die Aufstellung des Großgrundbesitzes in den  
Provinzen Polen und Westpreußen als das erdrebeneuerte  
Viel bezeichnet, heute will man im Gegenteil den bankrotten  
Großgrundbesitz und den Domainenfonds des Staates, so weit wie  
möglich erhalten und verwalten, und die Verteilung dieser Güter  
Kapital der romantischen Antiquarität des neuesten Landes  
sein werde; weitere Großthaten zur Vernichtung der staats-  
gefährlichen „großgrundigen Agitation“ sollen folgen. So sollen  
im nächsten Jahre — den mittleren Jahren — die nächsten Jahre  
den Volkshäufungen in jenen Provinzen eine besondere Zusage  
gemacht werden. Ob diese die Höhe einer Viertelmilliarde  
erreichen werden?

Die Debatte verlief ruhiger, als man erwarten durfte, haupt-  
sächlich infolge der Lektüre der polnischen Abgeordneten, die, nach-  
dem Abg. Dr. Szegoman in einer schriftlich fixierten Ver-  
einbarung der Vorlage als ein Ausnahmefall und eine Verletzung  
von Verfassung und Moral charakterisiert hatte, demotivativ  
den Saal verlassen und sich an der Verhandlung nicht weiter  
beteiligt. Der Zentrumsoberordnete Frigen erklärte sich  
namens seiner Partei gleichfalls gegen die Vorlage, die eine  
Vorteilhaftigkeit gegen die Polen bedeutete und eine Vereinfachung  
des Dienstes herbeiführen sollte. Die Parteien der Rechten  
und die Nationalliberalen dagegen mochten natürlich kritisch  
die antipolnischen Ausfallspolitiken mit. Der Sprecher der Kon-  
servativen, Abg. Dr. Wolff-Saenger, war ganzlich ungenügend,  
die 20 Millionen als notwendig notwendige Zusage der Stärkung  
des hiesigen Großgrundbesitzes zu betrachten und die Antie-  
lebenskommission zu erziehen, dem Aufkauf von Gütern nur ja  
nicht fleilich und „bureaucratisch“ zu verfahren. Auf 20 000  
Marken dürfe es ihr gar nicht ankommen. Und solche Herr-  
schaften wagen über die Angelegenheit der Arbeiter zu in-  
teressieren, die es ist, es ist ein Mann, der eine Viertel-  
milliarde in den letzten bekannten „nationalen“ Parteien.  
Eine gute und ausgiebige Kritik der Vorlage lieferte Abg.  
Nichter, der, auf ein unerwartetes Material gestützt, das  
Risiko der Anleihekommission deutlich darlegte, das  
Zweck einer Ausnahmegelegenheit im Interesse des Sozialen  
gewogenen empfänglichen und schlagend nachwies, die ange-  
legliche Stärkung des Deutschtums sich bis jetzt immer in  
diesem Gegenteil verkehrt hat — daß der geistigen Lektüre der  
Polen, deren nationale Energie durch derartige Gewaltmaß-  
regeln zu immer größerer Widerstandskraft gereizt werden müßte.  
Nach der Verlesung der Vorlage wurde die Entscheidung  
weder von Richter eingeleitet.

Ministerpräsident v. Rheinbaben, der ihm antwortete,  
hatte nur einige große Worte zu sagen, die nichts belasteten;  
er hat nachwies, daß bei der ungenügenden Finanzlage eine  
solche Mittelsmaßgabe zu rechtfertigen ist, drückte er sich vollkommen  
klar aus.

Für die Freisinnige Vereinigung sprach Abg. Ehlers ohne  
besondere Entschiedenheit gegen die Vorlage; seine Partei will  
in der Kommission prüfen, ob nicht noch Abdrücke an den in der  
Vorlage enthaltenen Summen zu machen sind, und nicht von  
vornherein auf den Boden der Bewilligung der 20 Millionen  
treten.

Ein Schlußantrag machte der reich ablaufenden Debatte ein  
Ende; die Vorlage wurde an eine Kommission von 21 Mit-  
gliedern verwiesen.

Am Mittwoch stehen verschiedene erste Lesungen auf der  
Tagesordnung; Mann-Nachmittag eine Sitzung des Sozialen  
Verwaltungsbeirat und Ausführungsbeirat zum Reichshaus  
Geis.

### „Wegen schwerer Verletzung hochgeachteter Beamtin“

nämlich des Herrn Kriegsministers und des Herrn Justiz-  
ministers, sowie der Juristen des Deutschen Reiches durch ein  
offenes Schreiben an Se. Erzherzogin der Kaiserin des Deutschen  
Reiches, Herren Grafen von Bismarck, ist gegen den Krieger  
Professor Lehmann-Dohenberg das Disziplinar-Ver-  
fahren eingeleitet worden. Professor Lehmann hat einen  
Nechtsbund gegen Lebergriffe der Juristen und zum Schutz  
der durch unser Nichtsdenken Verengungen gegründet und

ingenen nachschickte. „Am den Mann von ihr abzuwenden,  
braucht es eine starke Hand, die durch seine Verleumdungs-  
unfluthen gebunden ist, das heißt, ein sehr schickliches Verle-

Dieser schloß die Augen und stieg langsam seinen Anbeilbar.  
Erst nach einer langen Weile, während der Anton Graber ge-  
duldig gewartet hatte, begann er, anfangs noch mit geschlossenen  
Augen, zu sprechen und sagte: „Das Gute, so mindlichwert  
es ist, ist gewöhnlich nicht leicht zu erlangen. Der Augenblick  
wäre leicht gewöhnt, um eingeborente Lebel mit dem Geis  
heilen zu wollen, da Medikamente nichts verlangen. Geduld,  
Herr Geheimredner, Geduld! Wäge der Margraf nicht er-  
miden, seine bewaffnete Hilfe dem Mann anzubieten. Denn der  
Zeitpunkt dürfte nicht allzu fern sein, wo der bedrückte Rat  
danke der Dohrenpolitik, die er hat, sehr dankbar ist.“

„Wir ideint, daß Herr Graf das Rechte trifft.“ antwortete  
Anton Graber nach einem Beinahe. „Nehmet einwilligen  
mit meinem Danke für Euch, Herr Ritter. Und ist lebt wohl,  
amont ein längerer Verweilen in der Stadt Bedacht erregen  
kann.“

„Nehmt Ihr künftigen Gnaden meine Ergebenheit zu Füßen,  
Herr Graber“, erwiderte Ritter Stephan den Scheidenden. Allein  
geblieben, blies er die Baden auf und nicht langsam einige  
Male mit dem Kopfe. Er war zufrieden.

Nichts von diesem Ereignis verriet ich in den Mienen der  
drei hiesigen Mitglieder, die am nächsten Tage  
nach den Mitteln suchten, um mit den Bauern in Güte zu  
handeln. Die Vorrichtung war dazu, denn die Bauernschaft  
Rothenburg konnte nicht nur 700 bis 800 Mann, die vollständig  
Freigesprochen und waffenfähig waren, ins Feld führen, son-  
dern ist sehr auch an ihren mit Colaten versehenen  
ungeten Dörren und in den unmoderneren Kirchhöfen wider  
gehungern. Nur war die Bürgergilde zwar nicht minder tapfer  
und hatte in ihren Jungfrauen reichlich gestülpte  
Famillien, allein ihre der Leitung Deutlich und Dr. Kar-  
lows, die durch das Verlangen der Bauern, die in ein  
bedenkliches Schwanke geraten. Dazu ließen, wie stets in  
ausgereiften Zeiten, die unheimlichen Gerüchte um. Man  
wollte von Verengungen wissen, die nichts geringeres be-  
deuteten, als die Ermordung sämtlicher Rathsherren, und das  
schlechte Gemüthe erzeugte die gläubige Furcht. Ebenfalls  
stumpf lachte die Herren aus. „Nicht die Reformen ein,

berfolgt alle Fälle, in denen ihm eine Verengung vorzu-  
liegen scheint. So hat er sich auch mit der Angelegenheit des  
Bismarck geschlossenen Artilleriehauptmanns Luthme er befaßt, dessen  
Fall sich kürzlich von unserem Genossen Bebel im Reichstage  
zu Sprache gebracht wurde. Wir haben eine ausführliche  
Schilderung des Falles in dem Artikel: Die beiderseits Dis-  
ziplinare in der Nummer des Volksblattes vom 18. Mai ge-  
geben.

Professor Lehmann hat sich in der Angelegenheit Luther  
an den Reichstag mit einem offenen Schreiben gewandt,  
das von dem preussischen Kriegsminister nicht besonders  
günstig befunden wurde. Auf Grund dieses Schreibens hat  
Kriegsminister Studt angeordnet, daß gegen Professor Lehmann  
das förmliche Disziplinarverfahren eingeleitet werde. Die  
Gelegenheit entfällt den oben angeführten Postus.

Professor Lehmann-Dohenberg wird an seinem eigenen Verle  
die Ergründung haben müssen, die vor ihm jein so mancher  
sozialdemokratische Verführer kennen gelernt hat, daß man  
nicht ungefragt an den beliebigen Institutionen des Willka-  
rismus und der Bureaucratie ritteln darf.

### Der Schiffahrts-Traff von Morgans Gnaden.

Die Hamburg-Amerikanische Pachtfahrt-Aktiengesellschaft ver-  
öffentlicht in einem Rundschreiben an ihre Aktionäre die aus-  
brennung, die zwischen ihr und dem Morganischen Schiffahrts-  
traff getroffen sind. So weit die Mitteilungen reichen, beweisen  
sie, daß der Hamburg-Amerika-Gaue nicht nur weitestliche Be-  
schreibungen auferlegt sind, sondern, daß auch von einer eigen-  
tlichen Selbständigkeit beider Linien kaum mehr die Rede sein  
kann. Besonders vor allem ist die Bestimmung, derzufolge  
sich hinsichtlich ihres Verkehrs nach englischen Häfen die deutschen  
Linien innerhalb „gewisser Grenzen“ zu halten haben. Es sind  
diese gewissen Grenzen zwar nicht genannt; man darf aber  
wohl gerade aus dieser Unterlassung folgern, daß es sich um  
ein Verbleiben von den wichtigsten Häfen Süd-Englands han-  
delt, nämlich mit Ausnahme Southampton. Der Absatz, in  
den der Deutschen Reichsflagge nach Großbritannien wird,  
wobei der Traff von England aus nicht selbst Verbindungen  
unterhält, läßt sogar die Deutung zu, daß auch der Verkehr  
nach gewissen außerhalb Englands gelegenen britischen Häfen,  
also in den britischen Besitzungen, den beiden deutschen Linien  
verwehrt ist. Auch die Bestimmung, daß die Schiffe der Ham-  
burg-Amerika-Linie und des Lloyd auf ihrer Fahrt nach Nord-  
amerika belgische Häfen künftig nicht berühren dürfen, bildet  
eine wesentliche Einschränkung. Der Absatz, das eine Ver-  
einbarung über die Frachttarife „vorläufig“ nicht in Aussicht  
genommen ist, dürfte lediglich zur Befähigung für die aus  
industriellen Kreisen geäußerten Bedenken bestimmt sein, daß  
der Traff die Frachtpreise erheblich erhöhen werde.

Im Deutschen Reichstage wird Graf v. Helldorf die Regierung  
über die Schiffahrts-traff interpellieren. Es sollen, wie die  
Kreuzzeitung mitteilt, namentlich nähere Mitteilungen über die von  
deutschen Schiffahrts-gesellschaften mit diesem Traff getroffenen  
Verengungen, so weit möglich, erbeten werden. Gehofft  
wird ferner, daß bei dieser Gelegenheit auf die Haltung, die  
man in Regierungskreisen dem Schiffahrts-traff gegenüber ein-  
zunehmen gedenkt, die allseitig gewünschte Klärung erfahren  
wird. Die Kreuzzeitung hegt nur Besorgnisse vor allzu  
billigen Frachten für amerikanische Industrie und landwirts-  
chaftliche Produkte. Die Deutsche Tageszeitung sieht der Traff-  
frage noch unympathischer gegenüber.

### Die Jucker-Kommission

wurde sich gestern schloßlich über die geschäftliche Behandlung  
der Vorlage. Die Beratung der Kommission schritt bis zum  
vierten Artikel vor. Nach ihrer Erledigung soll zunächst über  
das Juckerenergiegesetz in zwei Lesungen beraten werden und  
dann erst die Abstimmung erfolgen.

### Der sozialdemokratische Gesellschaften über die Er- richtung einer Arbeitskammer

ist von der Sonderkommission der  
Zweiten Kammer des Badischen Landtages ab-  
gelehrt worden. Neben dem Vertreter der sozialdemokratischen  
Fraktion selbst war nur das demokratische Kommissionsmitglied  
mit dem Antrag im Prinzip einverstanden. Die Zentrumsmit-  
glieder durch den bequemen Einwand, es sei rechtlich unan-  
gemessen, diese Frage auf dem Wege der einstimmigen Beleg-  
gebung zu lösen, um die Sache herumzukommen. Auch in diesem  
Salle jedoch ist die Ministerkammer als der Richter selbst, der  
die von dem Zentrumsmitteln vorgelegten Beschlüsse be-  
trachten kann. Die sozialdemokratischen Abgeordneten erklärten,  
denn Wunsch der nationalliberalen und liberalen Mehrheits-  
parteien, wäre Fraktion möge den Antrag angeht, seiner Aus-  
sichtlosigkeit nach vor der Beratung im Plenum zurückziehen,  
wird kaum entgehen werden. Die kaiserlichen „Volksfreunde“  
werden von uns vielmehr gezwungen werden, in der Zweiten  
Kammer vor dem Forum des ganzen Landes hinsichtlich ihrer  
„Arbeiterfreundlichkeit“ Farbe zu bekennen.

rief er ihnen zu, „und aller Zweifeln ist ausgeglichen, alle  
Helligkeit begehren. Aber die Mehrzahl des Innern Rates  
hört nicht auf, jetzt noch in heftig darüber wie sie. Da erhoht  
sich der Kaiserliche Hieronymus selbst, ein Mann, aus dessen  
dünnen weidlichen Brauen und zumammengepreßter Stirn der  
Nochmut thronte, zu dem Vordruck, die Handwerksmeister für  
den Selbstbild um je einen Gulden Gold die Woche aufzu-  
bieten. Grasmus von Wustler aber rief, er man sich dazu ent-  
schließen, erst die Bürgerdank zu betragen, ob sie zum Tage  
sieden wollte. „An dem Zwecke sollte sie nicht auf einmal, son-  
dern in den sechs Wochen, in die sie geordnet war, der Reize  
nach auf das Rathaus berufen werden.“

Dort im großen Saal saßen dann auch nächsten Morgens  
solche Räte vereint und den Anfang machte das patriotische  
Bier, welches die Verengungen und den Hauptmarkt umfing  
als erste Waage. Mit ihr stellte Stephan von Menzingen sich  
ein, obwohl er noch nicht wieder in das Bürgergericht auf-  
genommen war. Jeder einzelne wurde bei seinem Namen auf-  
gerufen und von dem ersten Bürgermeister bei Pflicht und Gewis-  
sen gefragt, ob der Rat auf seinen Bestand schiden dürfe,  
um die Empörung der Bauern zu erstickern? Schon waren  
25 Bürger auf die Seite des Rates getreten, als Stephan laut  
seine Stimme erhob: „Wo danket Ihr hin? Seid Ihr Räte  
oder Bürger? Wollt Ihr ohne Bedacht und Überlegung in  
Eurem Namen einen Mann, der einen Hirten zu Wüthern  
erweckt? Trebet ab, überlegt euch.“

Die Bürger wurden ruhig, so ohne war die Wohnung nicht.  
Herr Stephan fuhr fort zu reden: „Maus! Maus!“ Bald war  
niemand mehr im Saale als die fünfundmanzig und von  
diesen hat der alte Pfarrer Tod: „Ihr Herren, ich bin ein  
alter, kranker und lauter Mann, ich kann zu solchen Sachen  
nichts thun, ich bin im Urlaub.“ Damit folgte er den anderen,  
die Ritter Stephan in den Ring führte, in dem das Bürgergericht  
gehalten wurde. (Fortf. folgt.)

### Seitens.

„Einen lustigen Druckfehler leistet sich der Postbote Gen-  
Ans. Er teilt seine Leert mit, daß die Postkutsche in diesem  
Jahre weder nach London noch nach Berlin kommen wird.  
„Der Präsident glaubt, seine Tochter sei bei ihrer großen  
Tugend in den Ansehungen, die der Kassenhaltung in London  
und Berlin an sie stellen würde, nicht geneigt.“

**Des Kaisers Sommerreisen.** Nach einer Berliner Zeitungslage wird der Kaiser diesen Sommer nur wenige Tage in Berlin sein. Wolsdam züringen. Bis zum Oktober wird er fast ausschließlich reisen. Als Reiseziele sind zu nennen: Marienburg (Einweihungsfest), Schloß Gubinen, Rügenberg (Museumfest), Bonn, Kiel (Regatta), Norwegen (Korlandfahrt), Vöten, Nominen (Jagd), Subertusfod (Jagd). Der zeitweilige Aufenthalt in Berlin ist durch die Frühjahrssparaden und den Empfang des Schah von Persien veranlaßt.

**Mysteriöser Tod eines Deutschen in der chinesischen Provinz Schantung.** Leber Sintang ist in Berlin die Nachricht eingetroffen, daß der Ingenieur der deutschen Gesellschaft für Bergbau und Industrie im Auslande, Schauer, bei Untersuchung der chinesischen Mine Min Chai (Schantung), zwischen Tschifu und Weihaiwei gelegen, plötzlich verstorben ist. Da die näheren Umstände dieses Todes nicht bekannt sind, ist eine amtliche Untersuchung sofort eingeleitet worden. Schauer war Experte für Goldabbau und Leiter des Laboratoriums der Gesellschaft in Tschifu.

**Wieder ein Zusammenstoß deutscher Kriegsschiffe.** Die vier neuesten Nachschiffe melden: Am Sonnabend früh wurde bei den Salis-Inseln bei Neapel der kleine Kreuzer Amagone vom italienischen Kaiser Wilhelm II. an Steuerbordseite vorn unter der Kommandobrücke angekratzt. Absteigung 8 der Amagone wurde über und unter dem Hinterdeck unter Wasser geiegt. Kaiser Wilhelm II. erhielt unversehrte Beschädigungen der Augenhaut. Bei dem Zusammenstoß wurde niemand verletzt. Die Amagone lagte in Begleitung der Sela mit 11 Seemännern föhndlich die Fahrt fort.

Wenn derartige Schiffzusammenstöße bei der englischen Flotte vorkommen, schämt man in Deutschland gern vom Niedergang der englischen Marine, von der Unsicherheit der britischen Seeflotten. Die häufigen Kollisionen bei der deutschen Flotte geben aber auch sehr viel zu denken.

**Der Redakteur eines Generalanzeigers wegen Majestätsbeleidigung verhaftet.** Der Chefredakteur des Leipziger Generalanzeigers, Arthur Weikner, ist gestern nachmittag, wie die Leipz. Nachr. melden, wegen Majestätsbeleidigung, begangen in einem Artikel seines Blattes, verhaftet worden.

**Wegen Majestätsbeleidigung** hatte sich vor der Oberfeldener Strafkammer am 23. Mai die Kaiserliche Majestätliche Frauen zu verantworten. Die 3. war in Besitz zweier Kaiserbilder. Anlässlich eines Gesprächs, welches die 3. mit dem ihr jetzt feindlich gesinnten Sändler Bernhard Sindern im Juli oder August v. J. führte, ließ dieselbe über die Bilder gesprochen und hierbei missfällige Äußerungen über den Kaiser gemacht haben. Die Sindern dann der Staatsanwaltschaft hinterbrachte. Der Staatsanwalt beantragte 2 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf Freisprechung, weil die fraglichen Äußerungen nicht verurteilend geäußert worden konnten. Während der Verhandlung war die Defensivität wegen Gefährdung der Staatsicherheit ausgeschlossen.

### Ausland.

**Frankreich.** Die Eröffnung der Kammer wird am 1. Juni erfolgen; der Senat tritt am 3. Juni zusammen. Das Mandat der alten Kammer läuft am 31. Mai ab und nach der Verfassung muß deswegen die Kammer am 1. Juni zusammenzutreten. Es wird sich aber nur um eine formelle Sitzung handeln, in welcher die Bureauwahlen vorgenommen werden. Gleich nach Wiederzusammentritt der Kammer wird die Regierung einen Kredit von fünf Millionen Francs zu Gunsten der Hinterbliebenen der Opfer auf Martinique einbringen, außerdem wird der Kolonialminister einen Antrag stellen, den Kindern des ungelungenen Souveräns eine Jahresrente von 6000 Francs bis zum 21. Lebensjahre auszugeben.

**Belgien.** Das endgültige Wahlergebnis. Nachdem die definitiven Wahlslisten jetzt bekannt gemacht sind, gestaltet sich die neue parlamentarische Lage wie folgt: Die alte Kammer zählte 86 Mitglieder, 34 Liberale, 34 Sozialisten und 2 Christlich-Soziale, während die Regierung bisher bei 132 Deputierten eine Mehrheit von 20 Stimmen besaß, ist diese bei den jetzigen 106 Abgeordneten auf 20 Stimmen gesunken. Die neue Kammer zählt 94 Mitglieder, 36 Sozialisten, 32 Liberale und 2 Christlich-Soziale. Die Sozialisten gewonnen also 4 Sitze. In oppositionellen Kreisen wird offen stated nur von unerwarteten Wählerbeeinflussungen sondern auch von offensichtlichen Wählerfälschungen, namentlich in den ländlichen Bezirken, gesprochen.

**England.** Vaterlandsliebe Gesellen sind in den Augen aller guten Patrioten die meisten der Gemeindevorsteher der Londoner Vorstadt Battersea. Die Vorstadt wird hauptsächlich von Arbeitern bewohnt und hat den bekannten Arbeiterführer John Burns ins Parlament gewählt. Die Gemeindevorsteher von Battersea sind in ihrer Mehrzahl radikale Demokraten und Sozialdemokraten. Sie haben es abgelehnt, bei der Krönung

Edward VII. Festlichkeiten zu veranstalten und weigern sich ferner, die von allen Gemeinden geplante Gedenkmedaille zu unterstützen. In der seiner kritischen Majestät gemüßigt wird, daß die Regierung derselben glücklich, gesegnet und lang sein möge.

Die Indianer Kanadas wollen ebenfalls die Freude Edwards bei der Krönung teilen. Die Londoner Zeitung Daily Mail berichtet aus Ottawa: Ernst Unruhen drohen in Kanada während der Krönung des Königs von England. Der bedeutende Indianerstamm der Grosjean droht, den Weissen den Krieg zu erklären wegen der Haltung der englischen Regierung von Kanada, welche sich weigerte, den Indianern ihre Rechte zu gewähren. Sechs längerer Zeit haben sich die Indianer gegen das Zutreten der weissen Bevölkerung in ihren Territorium beklagt, ohne Genehmigung zu erhalten. Auch ihr Vandalismus, der sogar deshalb nach England gekommen war, wurde abgewiesen. Derselbe fordert nun nach seiner Rückkehr die Indianer zum Kampf um ihr Recht auf.

**Amerika.** Eine Kritik an den Greuelthaten auf den Philippinen wird von einem Mann geleitet, der am wenigsten zu einer solchen Kritik berufen ist. Der Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen auf den Philippinen, General Chaffee, drückte seine Mißbilligung über die freisprechenden Urteile über Major Waller und Leutnant Dan aus, die wegen Greueltaten gegen die Eingeborenen vor ein Kriegsgericht gestellt waren. Er sei der Ansicht, daß hier eine Verirrung der Justiz vorliege und daß die gefällten Urteile im Widerspruch mit dem beigebrachten Beweismaterial ständen. Leutnant Dan tadelt er, weil dieser den Weissezustand Wallers kannte, aber trotzdem, anstatt ihn eine Verzeigerung anzufragen, was seine Pflicht gewesen wäre, dessen Befehle schamlos ausführte. Dan hätte in Anbetracht der Umstände den Gehorsam verweigern müssen. Dadurch würde er die Ehre des Landes gewahrt und die traurigen Vorurteile verhindert haben.

General Chaffee ist mit verantwortlich für die von seinen Truppen verübten Brutalitäten. Ihn läßt doch von der amerikanischen Senator Nowins als „seiner Schwuch“ öffentlich gebrandmarkt.

### Gewerkschaftliches.

**Zur Lohnbewegung der Hamburger Maurer.** 80 Proz. der Arbeiter haben die Forderungen der Maurer bewilligt. Ueber die anderen ist die Sperre verhängt.

**Schlagarbeiter.** Am Montag sind in Hulsensroda 90 Schlagarbeiter in den Streik getreten. Es sind 7 Hämmer, 8 Bildhauer, 9 Drechsler und Polierer.

**Zimmerer!** In Braunsfeld sind am Montag die Zimmerer in den Ausstand getreten.

### Ausland.

**Oesterreich.** Dem Maurerstreik in Triest haben sich sämtliche Kupferindustrie und Stahlgewerkschaften angeschlossen. Der in einer allgemeinen Arbeitervereinbarung aus Rücksicht der Solidarität vorgezeichnete Generalstreik wurde von den Sozialistenführern heftig bekämpft und deshalb abgelehnt.

### Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. Sitz Hamburg.

12. ordentliche Generalversammlung in München.

Bei der Statutenberatung wurde bei § 3 die Altersgrenze beim Beitritt von 45 auf 40 Jahre herabgesetzt.

§ 4. Auf den Beitritt dürfen nur die folgende lauten: Waren Sie in den letzten 3 Jahren krank, und wenn ja, an welcher Krankheit haben Sie gelitten?

§ 5. Absatz 1. Ausgehende Mitglieder können ihren Austritt auch bei dem Kassierer melden.

§ 6. Es ist dahin abgeändert, daß die Verrechnungsschrift innerhalb 14 Tage mindestens an den Bevollmächtigten einzureichen ist.

§ 7. Absatz 8. Wird ein Mitglied einer höheren Klasse durch sein Lohnverhältnis gezwungen, in eine niedrigere Klasse zu treten, so steht ihm bei seinem Austritt in seinem Lohnverhältnis jederzeit das Recht zu, wieder in dieselbe Klasse zurückzutreten ohne Genehmigung des Vorstandes, sondern des Bevollmächtigten.

§ 7. Absatz 9. heißt jetzt: Die Mitglieder der 1., 2. und 3. Klasse dürfen außer unserer Klasse nur noch einer Klasse angehören; sind sie aber durch ihr Arbeitsverhältnis gezwungen, noch einer Berufs- oder Jungschaft anzugehören, so müssen Sie zur 4. Klasse überzutreten.

§ 9. Abs. Mitglieder, welche während der Krankenzeit erkrankt, haben sich ebenfalls innerhalb 24 Stunden beim Bevollmächtigten krank zu melden resp. auch gesund zu melden.

§ 10. Abs. 2. heißt jetzt: Bei der Antragsmeldung ist das Mitgliedsbuch einzureichen.

§ 10. Abs. 1. heißt jetzt: Erkrankt ein Mitglied in den ersten 78 Wochen nach seinem Beitritt u. i. w.

§ 18. Abs. lautet jetzt: statt 10 Mitglieder 20 Mitglieder.

§ 22. Der Kassier an das Schiedsgericht muß mit einer Abschrift eingeladen werden.

Von den allgemeinen Anträgen wurde die größte Zahl verworfen. Dem Vorstand soll eine Instruktion ausgearbeitet werden, wonach er sich bei der Aufnahme neuer Mitglieder zu

richten hat, um die vielen Beschwerden, die gegen denselben vorliegen, zu beistehen.

Der Antrag des Vorstandes können in den Wahlabschlüssen Konferenzen abgehalten werden, wozu von jeder Filiale ein Delegierter zu beordern ist; demselben werden jedoch nur die Kreisstellen befristet.

Am die ungelungenen Beschäftigte im Hauptbureau zu beistehen und die Klasse emporzuhelfen, wurde beschlossen, den 1. Vorsitzenden mit einem Gehalt von 3000 Mark fest anzustellen.

Bei der Wahl wurde Dingier-Hamburg als 1. Vorsitzender und Brand-Hamburg als 2. Vorsitzender, Gutenuth als Hauptkassierer und Heilbrunnender Hauptsekretär gewählt; ebenso wurde das Schiedsgericht, der Aufsicht und sämtliche Beisitzer obiger Korporationen neu gewählt.

Nach einigen kräftigen Ansprüchen des 1. Vorsitzenden sowie des Vorstandes des Lokalkomitees wurde die Versammlung am 24. Mai geschlossen.

### Der vierte Bundestag des Arbeiter-Kadefahrer-Bundes „Solidarität“

tagte zu Bingham in Hamburg in Zitiertes Etablisement. Der Vorstand des Bundes wurde durch den Bundes-Vorsitzenden vorgelegt. Dank einer unermühtlichen Initiative sind seit dem vorigen Bundestage dem Bunde 137 Vereine mit 2050 Mitgliedern neu beigetreten worden, so daß der gegenwärtige Mitgliederstand 9027 beträgt. Ausgetreten sind 16 Vereine mit 194 Mitgliedern, ausgeschieden wegen Nichtzahlung der Beiträge 166 Vereine mit 2144 Mitgliedern. Im Ueberschuß wurden insgesamt 156 gemeldet, wovon 177 entbunden wurden mit 3391,50 Mark. Einen zeitgemäßen Schritt glaubt der Bundes-Vorstand durch den Beschluß des Bundes an das Kartell deutscher und österreichischer Kadefahrer- und Motorwagenvereine gethan zu haben. Der Bund hatte schon beschlossen, dem Kartell eine ganze Reihe von Kadefahrern über zu hohe Kosten für Ausstellung von Kadefahrerarten seitens der Ortsvorsitzenden zur Erleichterung zu übermeiden. Die weiteren Ziele des Kartells sind: Einwirkung auf eine einheitliche Kadefahrer-Ordnung für ganz Deutschland, Vereinfachung des Transports der Kadefahrer auf der Eisenbahn, Neuanlage resp. Verbesserung von Verkehrswegen u. i. w.

Aus dem Kassierenbericht ist ersichtlich, daß die Einnahmen und Ausgaben des Bundes vom 1. Juni 1900 bis 31. Mai 1901 mit 19997,17 Mk. balancierten gegen 23559,45 Mk. im letzten Jahre. Das Vermögen des Bundes beträgt zur Zeit 17912,71 Mark. Der Bericht des Ausschusses erlittet Overt-Hamburg. Beim Ausschuss gingen 24 Briefe und Sendungen ein, während 175 Briefe u. i. w. abgegangen wurden. Der Ausschuss trat zu 14 Sitzungen zusammen, in welchen auch 18 Kadefahrer gegen den Bundestag behandelte wurden.

Die Mandatsprüfungskommission teilt mit, daß 20 Gaue durch 44 Delegierte vertreten sind. Ferner sind amendeigend alle Mitglieder des Bundes-Vorstandes, Althaus und Sachs, beide aus Frankfurt a. M., und der Vorsitzende des Ausschusses, Overt-Hamburg. Die Entschädigung für die Delegierten wird auf neun Mark pro Tag festgesetzt.

Zu Punkt Beschl. erortert Redakteur Berg-Galberstadt das Wort, der auf die erfolgte technische und inhaltliche Ausgestaltung des Arbeiter-Kadefahrer hindeutet und die Schriftführer der Vereine ersucht, sich Beschränkung in Bezug auf den Umfang der Berichte anzulegen.

Die Diskussion über diesen Punkt gestaltete sich sehr lebhaft. Alle Redner sind mit der Haltung des Vorstandes und der Haltung des Redakteurs einverstanden.

Hierauf berichtet Berg-Galberstadt über den am 17. Mai stattgehabten Bundestag des schon erkrankten Kartells, dessen Beschlüssen man Anerkennung zollen müsse.

Der nächste Bundestag findet 1904 in Erfurt statt. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, einen belobten Geschäftsführer mit einem Jahresgehalt von 1800 Mark anzustellen. Zu diesem Votum wurde der jetzige Bundeskassierer Sachs-Frankfurt a. M. gewählt, während der jetzige Bundes-Vorsitzende Althaus-Frankfurt a. M. mit Fortführung seines Amtes betraut wurde.

### Gerichtssaal.

#### Strassammer.

Halle a. S., 28. Mai.

**Wegen Unterschlagung** wurde der Heidenreiter Friedrich Gröbe von hier 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte für den hiesigen Kaufmann Erhardt landwirtschaftliche Maschinen auf Provision verkauft und, obwohl es ihm untersagt worden, in vier Fällen Geldbeträge in Höhe von 880 Mk. einstiefen und für sich verwenden.

**Beschäftigung.** Der Versicherungsbeamte Otto Karl Kramer von hier hatte im Mai v. J. einen über 400 Mk. lautenden Wechsel fälschlich mit dem Akzept des Agenten Otto Lindau versehen und sich darauf von dem Schuldnehmer Witt 400 Mk. geben lassen. Der Angeklagte wurde wegen fälschlicher Urkundenfälschung und Betrags zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

**Diebstähle.** Der Kutischer Paul Duff aus Merseburg hatte am 1. Weihnachtstage im Gasthof zur Reichskrone, wo er früher in Stellung gewesen, einem Stellener eine Menge Kleidungsstücke entwendet. Er wurde dabei erwischt in Haft genommen und heute zu einer Buschstrafe von 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Arbeiter Otto Hügel und Reinhold Markonitz aus Holzsewig hatten am 17. März aus dem Garten der Deutschen Grube bei Bitterfeld eine

## Wegen vorgerückter Saison bedeutende

# Preis-Erlassigung

Costumes, Costumes-Röcken, Blusen, Capes, Kragen, Jackets, Knaben- und Mädchen-Konfektion.

in wollenen und halb wollenen Kleider-Stoffen.

Garnierten und ungarnechten Damen- und Mädchen-Hüten, Knaben-Hüten und Mützen, Spitzen, Seidenband, Handschuhen, Sonnenschirmen und Weisswaren etc.

Halle a. S.

Geschäftshaus

J. Levin

Marktplatz 2 u. 3.



## Lozales und Provinziales.

Salz a. S., 28. Mai.

### Die städtische Sparkasse

hat soeben ihren Geschäftsbericht auf 1901 erscheinen lassen. Die seit 1857 bestehende Anstalt hat im vorigen Jahre einen Betriebsüberschuss von 323.940,73 Mark erzielt. Eingeschätzt wurden 90.346 Voten mit 12 1/2 Millionen Mark, abgehoben wurden in rund 83.000 Voten 10 1/2 Millionen Mark höher waren als die Rückstellungen. Ingesamt waren am Schlusse des Jahres 65.908 Voten mit rund 33 1/2 Millionen Mark Einlagen vorhanden. Wenig erfreulich ist die Thatsache, daß der Verkaufswert der Ende des Jahres 1901 im Besitze der Sparkasse befindlichen Inhaberpapiere nur 14.393.547 Mark betrug, während ihr Verkauf 14.695.444 Mark außer Provision und Stempel gelöst hätte, so daß der gegenwärtige Verkaufswert um 301.897 M. geringer war als ihr Einkaufspreis. Nicht weniger als 63 der verschiedenen Papiere (Staats- und fremde Stadtanleihen, Pfandbriefe, Obligationen etc.) fanden tiefer im Kurs, als ihr Einkaufspreis gemessen ist.

Von Interesse ist die Höhe der auf die eingezahlten Bücher eingezogenen Beiträge. Der Bericht giebt darüber folgende Auskunft:

Von den 65.908 Büchern lauteten:	bis	60 M.
24.385 Stück auf Beträge	über 60	150
10.152	150	300
7.962	300	600
8.258	600	3000
12.905	3000	10000
2.219	10000	
27		

Auf jedes Buch entfallen durchschnittlich 513,39 M. Einlagen gegen 490,20 M. im Vorjahre.

Die Feinung Sparkasse lag 1901 an die Verkaufsstellen 25.300 Marken ab für 2530 M., dagegen wurden abgehoben 2875 M., so daß unter Berücksichtigung des früheren Bestandes 2875 M. verblieben.

### Abgelehnt

hat der Bezirksausschuß zu Merseburg den Antrag der Firma Dubois u. Kaufmann in Kleinlau bei Rammsheim, auf Ammendorfer Fluß eine chemische Fabrik zu errichten zwecks Herstellung von Chloraldehyd, Tetrachloräthylenoxyd und Chloroform. Die Fabrik sollte unmittelbar an die elektrochemischen Werke in Ammendorf angegliedert werden. Unter denen, die gegen die Anlage Einspruch erhoben hatten, befand sich auch die Stadt Halle, welche insbesondere eine Schädigung des fäbrischen Wasserwerks in Ammendorfer Fluß befürchtete. Die Ablehnung wurde damit begründet, daß man sich den ersten Bedenken nicht habe verschließen können, daß auch bei dieser neuen Fabrik mit erheblichen Mühsälen zu rechnen sei werde. Man habe die bisherigen Erfahrungen bei den elektrochemischen Werken gemacht und müsse darauf acht geben, daß die Gegend nicht noch weiter die demselben Verunreinigung ausgesetzt werde. Man habe auch die Bedenken der Stadt Halle nicht zurückweisen können, die große Nachteile für ihre bald zweihunderttausend Menschen verlorene Wasserleitung von einer Erweiterung der demselben Fabrikanlagen in Ammendorf bestrüht. Wenn auch die Unternehmer noch so viele Vorkehrungen treffen möchten, so sei doch offensichtlich, daß leider nur wenige der Arbeiter geneigt sind, dieien voll zu unterstützen. Wären in der Stadt werde dann oft etwas ausgedacht, was in die unterirdischen Flußläufe komme und sich der Umgebung mitteile; dagegen seien auch die Inhaber nicht in der Lage einzuschreiten. Dem Bezirksausschuß sei sehr wohl bekannt, daß genau abgemerkt werden sollten die Interessen der Einwohner und die der für die Volkswirtschaft nötigen demselben Industrie; aber in diesem Falle liege der Nachteil, welchen die Unternehmer durch Ablehnung ihres Antrages erleiden, nicht entfernt dem gleichzustellen, welchen eine hochkultivierte Umgebung in ziemlich weitem Umfange bei etwaigen unvorhergesehenen Ereignissen erleiden würde.

Es einverstanden war mit der Entscheidung sind, so weisen wir doch ganz entschieden die Behauptung zurück, daß die Arbeiter im Durchschnitt nicht geneigt seien, die vorgezeichneten Sicherheitsmaßnahmen zu beachten. Wenn diese Nachlässigkeit vorkommt, dann ist sie fast ausnahmslos darauf zurückzuführen, daß der Arbeiter durch das Alfordsystem angetrieben wird, die nötige Vorsicht außer acht zu lassen. Der Bezirksausschuß hätte nicht nötig gehabt, bei Begründung seiner Ablehnung auch die Arbeiter mit vor sich zu schreiben. Die anderweitigen Gründe, die im Unternehmen selbst liegen, waren inhaltlich genug; sie bedürften keiner Verdrängung durch den „leidenschaftlichen Arbeiter“, der die reellen Absichten des braven Unternehmers zu schanden macht.

### Notleidende Aktionäre.

Vant Geschäftsbericht hat die Badener Braunkohlen-Industrie Aktien-Gesellschaft im verflochtenen Geschäftsjahre einen Gewinn von 499.618 M. erzielt. Im Vorjahre sind es lediglich 22.000 M. mehr gewesen. Von dem Gewinn werden 14 Proz. Zantante am Vorstand, Beamte und Aufsichtsrat in Höhe von 15.099 M. gezahlt. Die Beamten nehmen nur an 4 Proz. und der Aufsichtsrat an 10 Proz. teil. Die Aktionäre erhalten 10 Proz. Dividende in Höhe von 122.400 M., dem Reservefonds werden 7521 M. und dem Dispositionsfonds 5000 M. zugeführt; auf nächste Rechnung werden 763 M. vorgetragen. Vom Jahre 1890 an wurden folgende Dividenden an die Aktionäre gezahlt: 7, 8 1/2, 6, 4, 5, 5, 5, 7, 8, 10. Also trotz der Krise ist der Reingewinn größer als früher. Die Krise ist auch nicht dazu da, daß die Aktionäre empfinden, sondern sie muß dazu dienen, die Löhne und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter zu verschlechtern. Die Ausbeute an Dividenden der Arbeiter zu verschlechtern, ist ein augenblicklicher Vorteil, wenn man nicht überaus hohe Abschreibungen im Gesamtertrag von 849.198 M. gemacht worden wären. Bei einem Aktienkapital von 1.224.000 M. bedeuten diese Abschreibungen nicht weniger als 28,5 Prozent der Kapitalsumme. Die Herren können sich das leisten. Es hätte auch allzu aufwendig auf die Arbeiter wirken müssen, wenn die Dividende der Aktionäre steigt, während die Arbeitslöhne fallen. In Wirklichkeit ist diese Thatsache vorhanden; die hohen Abschreibungen dienen nur zur Verschleierung des hohen Gewinns.

### Reduktion der Bauarbeiterlöhne.

Die „Vereinigung“ der Bauunternehmer hat sich, wie bereits berichtet worden ist, durch hohe Konventionalkonferenzen verpflichtet, die Löhne der Bauarbeiter und Maurer zu reduzieren. Eine Umfrage der Ortsverwaltung der Bauarbeiter hat ergeben, daß folgende Herren statt des im vorigen Jahre von ihnen selbst anerkannten Lohn- und Akkordtariffs nur noch folgende Löhne bezahlten:

Zundenlohn.	Akkord.
Büchel 35-38 Fig., pro 1000 St. 2,65 M., j. Gt. 1 M. Jul.	
Noch 37	2,50
Dohme 38	2,80
Kammer 35-37	2,65
Kapflicher 35-40	2,00
Verthard 35-40	
Stammer 35-40	
Gamie 35	
Schötenjad 30-37	
Muse 36	
Hindrich 35	
Weber 33	

Der vereinbarte Stundenlohn betrug 40 Fig. und der pro 1000 Steine für Keller und Parterre 3 M., für jede weitere Etage 1 M. Julage.

### Zur Petition der Buchdrucker.

welche um Vergütung der städtischen Druckarbeiten an solche Firmen erucht, welche der Tarifgemeinschaft beigetreten sind, mag folgendes bemerkt werden: Unter Tarifgemeinschaft versteht man die Vereinbarung gewisser Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen Unternehmern und den von ihnen beschäftigten Arbeitern. Es ist einleuchtend, daß solche Vereinbarungen eine gewisse Zeitigkeit zur Folge haben. Der Unternehmer weiß, auf welcher Vorgrundlage er zu kalkulieren hat, und der Arbeiter ist vor willkürlichen Preisänderungen seines Lohnes sicher. Und da alle Unternehmern der Tarifgemeinschaft angehören sollen, hindert diese das Geverbe der Konkurrenz. Die Buchdrucker haben schon 1873 eine Tarifgemeinschaft erreicht, doch waren damals die Organisationen der Unternehmer wie die der Gehilfen noch viel zu wenig ausgebildet, als daß die Tarifgemeinschaft mit Erfolg hätte durchgeführt werden können. Erst 1896 kam es zu stände und machte dem bis dahin beständig todenen örtlichen Kleinriegel im Buchdruckgewerbe ein Ende. Zur Durchführung der Tarifgemeinschaft wurde das Tarifamt eingesetzt, Schiedsgerichte wurden errichtet, um Streitigkeiten über die Auslegung des Tarifes schlichten zu können, und auch berufliche Arbeitsämter sind in den Dienst der Tarifämter gestellt, indem sie nur freizurenen Brügellosen Arbeitskräfte vermittelt und tariffreie Gehilfen unterbrachten. Während des fünfjährigen Zeitraums haben die getroffenen Anordnungen eine gewerbliche Minderkraft gegeben und am Ende dieses Abschnitts arbeiteten bei etwa 3500 Firmen rund 40.000 Gehilfen zu tariflichen Bedingungen. Eine Revision des Tarifes wurde in der Zeit vom 23. bis 28. September v. J. in Berlin vorgenommen.

War bis zum Jahre 1898 der Gedanke der Tarifgemeinschaft anderen Gewerben etwas ganz Neues und wurde über deren Wert in der Fachpresse, sowie in politischen Organen ein Streit entzündet, so hat man doch inzwischen die Vorteile erkannt und mit mehr oder weniger Erfolg versucht, dem Beispiele der Buchdrucker zu folgen.

Aber auch seitens der Behörden — staatlicher wie kommunaler — ist man der Frage der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker näher getreten und hat die Anerkennung des Wertes derselben durch dahingehende Verfügungen und Beschlüsse zum Ausdruck gebracht, die notwendigen Druckarbeiten nur solchen Firmen zu übertragen, welche der Tarifgemeinschaft angehören und dadurch eine Gewähr für geordnete Zustände innerhalb ihrer Betriebe bieten.

Auch die tariffreien Buchdrucker von Halle werden bei den zuständigen Behörden, sowie der hervorragenden Vertretern der Industrie und des Handels in diesem Sinne vorstellig werden. Sie richten schon jetzt an alle Geschäftsleute das Ersuchen, mit der Herstellung von Druckarbeiten nur solche Firmen zu beauftragen, welche der Tarifgemeinschaft angehören. Ein Vergleich mit der tariffreien Firmen ist im Inerantenteile der heutigen Nummer enthalten.

### Unterbetener Mat.

Ein heißes bürgerliches Blatt erwähnt, daß dem Konsumverein für Gleichgesinnte in seiner heutigen General-Versammlung ein Antrag auf Vermählung mit dem Allg. Konsumverein vorliegen werde. Das Blatt fügt hinzu: „Letzterer (der Allgem. Konsumverein) wird gut thun, nicht darauf einzugehen.“ Da irgend welche Gründe nicht beigefügt sind, scheint der Verfasser der Notiz anzunehmen, es genüge seinerseits die bloße Willensäußerung, um seinen Rate Bedeutung zu sichern. Damit dürfte er sich schwer täuschen. Daß die Vereinigung beider Konsumvereine sich über kurz oder lang wird vollziehen müssen, scheint zwar sicher zu sein, aber ebenso sicher ist, daß die Verbindung nur nach gründlicher Prüfung aller einschlägigen Fragen vor sich gehen darf, wenn nicht hinterher sich allerlei Unzulänglichkeiten offen bemerkbar machen. Vorläufig arbeiten beide Vereine friedlich und erfolgreich nebeneinander. Wenn zum Nutzen der Mitglieder beider Vereine im Warenbezug möglichst gemeinsam vorgegangen wird, so genügt das vorerst. Der Thatsache werden sich die Mitglieder nicht verschließen, daß die zwei Verwaltungen teuer sind, als wenn nur eine Verwaltung besteht, daß also durch die Verbindung beider Vereine den Mitgliedern ein höherer Nutzen gestiftet wird, ganz abgesehen davon, daß ein Verein, je häufiger seine Mitgliederzahl ist, um so größeren Nutzen abwerfen muß.

**Achtung, Maurer!** Die gefürchte öffentliche Maurer-Versammlung beschloß, über den Bau des Unternehmers **Wolfe die Perre** zu verhandeln. Die Kollegen, welche bei den Unternehmern Büchel, Hindrich, Hammer und Weber arbeiten — letzterer will wieder Volnhabize machen — wurden aufgefordert, sofort wegen der Volnhabize vorstellig zu werden; und bei Ablehnung die Arbeit niederzulegen. Bei der Frage über die Akkordarbeit schloß sich die Versammlung den Ausführungen des Referenten Beyer-Weißig an und erneuerte den Beschluß vom Jahre 1897, welcher allen Kollegen zur Pflicht macht, seine Akkordarbeit auszuführen.

Folgte der gefürchten Beschlusse haben heute bei dem Bauunternehmer Büchel 13 sämtliche Maurer, etwa 30 Mann, die Arbeit niedergelegt, ebenso bei den Bauunternehmern Hindrich

(9 Mann) und Hammer (13 Mann). Bei Wolfe streifen seit Montag sämtliche 9 Maurer.

Es ist selbstverständlich, daß von sämtlichen Mauern die Bewahrung strengster Solidarität geübt wird.

**Die Bahnhofsarbeiter** auf dem hiesigen Hauptbahnhof ist jetzt in die Mitte der großen Werkschleife verlegt worden, so daß die Reisenden, welche von einer Bahnlinie zur anderen umsteigen müssen, nicht, wie bisher, einer doppelten Kontrolle ihrer Fahrkarte sich zu unterziehen haben. Durch die Verlegung der Schranke ist es unmöglich geworden, ohne Bahnsteigkarte die Retourfahrtskisse zu betreten.

**Eine neue Schuhfabrik** soll auf dem Grundstücke Taubenstraße 25 errichtet und zu Beginn nächsten Jahres in Betrieb gesetzt werden. Die Fabrik soll für weitläufiges 150 Arbeiter beherbergen. Sie wird errichtet von Herrn Bruno Schlicht, der jetzt in Weihenfels eine mechanische Schuhfabrik besitzt und dies für hier geplante Unternehmen nach dem neuesten Stande der Technik einzurichten beabsichtigt. Es soll die bessere Mittelmaße produziert werden.

**Gertrude Erbe** verkündete das Langverdiest Raumburg am Montag über die von hier kommende Schneiderin Julie Schöde. Sie hatte dem Wagenführer Zimmermann zwei Zweimarkstücke und in Köhnen ein Paar Schuhe einen Zug geliehen. Das Gericht erkannte auf eine Pfandstrafe von 3 Monaten Zuchthaus zu den 1 Jahr 9 Monaten gleicher Strafe, die die Schöde zur Zeit verbüßt.

**Benotigt** wurde in der Stadtverordnetenversammlung am Montag der Polizist Wacht, nicht Noth, wie es in dem Gerichten Bericht irrtümlich heißt.

**Merseburg.** Die vorläufige Vertretung des Saalkraus Martin ist den Seminarlehrer Enden als Vertmann übertragen worden.

**Zeis.** Die diegenannte Umfassungssteuer hat bisher unseren Stadt gar keinen Nutzen, dafür aber verheerendste Kosten verursacht. Bekannt ist, daß die Steuer für unglücklich erklärt wurde, so daß das bereits erobene Geld wieder an die Steuerzahler zurückgegeben werden mußte. Der Kaufmann Kantorow, der früher Inhaber der Firma Rothmann u. Co. war, verteidigt aber auch, daß er die Maßnahme, ebenfalls auch die Zinsen für die von ihm erbobene Steuerumlage zurück erhalte, und als ihm das nicht gesahit wurde, wurde er kläger. Er hat dabei aber wohl nicht den richtigen Weg beschritten, denn der Bezirksausschuß in Merseburg, bei dem er vorstellig wurde, wies die Klage ab, da wegen der Maßnahme Gebühren nicht im Verwaltungsstreitverfahren geflagt werden können, ferner Zinsen für öffentliche Abgaben nicht verlangt werden können, selbst wenn letztere zu Unrecht erhoben worden wären. Die Rollen dieser Klage hat bis auf 1 M., die der Kläger zahlen muß, der Magistrat zu tragen. Das ist also bisher der Nutzen der Umfassungssteuer, daß die Steuerzahler ein Zeis die Höhe der Steuer zahlen, ebenfalls auch die Steuer zu tragen haben. Nichts heißt sie deshalb Umfassungssteuer, weil durch sie viel Geld umgierkt wird.

**Zeis.** Am Montag hatte sich der Kinderwagenfabrikant Eduard Pfeiffer von hier vor dem Langverdiest Raumburg zu verantworten. Pfeiffer, der mehrerer Hausbesitzer ist, erhielt alljährlich vom Magistrat die Kisten, in denen er sowohl wie auch die Mieter ihr Einkommen anzeigen haben. Er hat nun in seinen Kisten die Mieten niedriger angegeben, auch in denen, die von den Mietern auszufüllen waren, die betr. Beträge geändert. Wir haben seiner Zeit bereits diesen Fall veröffentlicht, der von einem bei Pfeiffer wohnenden Mieter im Sozialamt eine Anzeige zum Zweck gemacht wurde, daß der Langverdiest auch Pfeiffer die von ihm gemachten Veränderungen, er will die Mieten aber nur gemacht haben, weil er die Unkosten, die er in den Käufern habe, gleich von den Mietern in Abzug bringe. Der Staatsanwalt beantragte die Bestrafung wegen Urkundenfälschung, da der Angeklagte durch die Abänderung eine Fälschung über die mahren Mietenanzahl bezweckt habe. Der Gerichtschof erkannte auf Freiprechung.

Uns sind die Gründe des Freipruchs nicht bekannt, jedenfalls kann der Hausbesitzer Pfeiffer aber froh sein, so leichten Straus davon gekommen zu sein. Das poliert auch nicht alle Tage. Sondernals mit die hiesige Behörde die Ende aus anderen Augen angesehen, sonst hätte sie nicht erst Anzeige erstattet.

Bemerkens wollen wir noch, daß so wenig der Anzeiger wie die Neuesten Nachrichten ein Wort über diese Verhandlung bringen. Das sagt auch genug.

**Zeis.** Wie uns mitgeteilt wird, wollen die Arbeiter aus dem hiesigen Notz über den zu errichtende Vereinshaus herausgegeben haben, daß auch der Zeiter Blick nicht mehr zu Versammlungen herbeigegeben würde. Sollte das Gerede wirklich im Umlauf sein, dann wollen wir hiermit feststellen. Das nach wie vor der Zeiter Blick zu Verfügung steht. Wir wollen auch nicht annehmen, daß es jemals die Zeiter Blick herauslesen konnte, denn wenn uns der Zeiter Blick entgegen wäre, dann hätten wir das schon anders publiziert. Gemeint waren eben nur die großen Zäle in Zeis, die zu Versammlungen nicht herbeigegeben werden, trotzdem ihre Inhaber meistens froh sind, wenn die Arbeiter ihnen ihre Vermögensgegenstände in ihnen abholen.

Wir wollen nun hierbei wieder die hiesige Arbeiterdittät — insbesondere die organisierte — erüden, sich, soweit das noch nicht geschehen, einen Darlehnschein zu nehmen. Jeder denkende Arbeiter sollte seinen Entschluß darin finden, hier einen Entschluß zu fassen, der die Arbeiter der Arbeiterdittät ist und allen Ansprüchen der Arbeiterdittät genügt. Die Darlehnszahlung ist jedem Arbeiter sehr leicht gemacht, er hat je seinen Verhältnissen nur alle 14 Tage 10 Fig. bis 1 Mark zu zahlen. Das Geld wird auf der Stelle ausbezahlt. Nach 3 Jahren erhält es jeder Darlehnsgeber zurück.

**Zeis.** Einen recht netten Ueberblick ergabte im vergangenen Jahre die Zeiser Paraffin- und Solardübel-Fabrik. Der Gewinn betrug 925.662 M. 77 Fig., so daß davon den Aktionären 9 Prozent Dividende ausbezahlt wird. Das von einem Aktionär ist entschieden besser wie das der Arbeiter, die den Ueberfluß durch ihrer Hände Arbeit hervorbringen. Die Einkommen der letzteren sind auch in unglückigen Zeiten, derartige, daß sie dabei immer noch höchst anständig leben können, während dem Arbeiter der ohnehin sehr geringe Lohn bei unglückiger Konjunktur nur mehr genügt. Darin leben wir auch in der Zeit der ausgleichenden Gerechtigkeit.

**Zeis.** Für die Angehörigen der Solandübel-Fabrik findet Sonntag, den 1. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr im Zeiter Blick eine öffentliche Versammlung statt. Der Kollege Ernst Bauer als Gastredner wird über die Verhältnisse der hiesigen Arbeiterdittät referieren. Pflicht aller Arbeiter und Arbeiterinnen ist es, zu erscheinen. In vielen Schriften sind die Verhältnisse wirklich dazu angethan, daß die Arbeiter ein geschloßenes Licht beraten sollten, wie hier eine Befreiung herbeigeführt werden kann. Guttee wird nicht durch Sonntag alle Holzarbeiter nach dem Zeiter Blick. Die Versammlung wird pünktlich 10 1/2 Uhr eröffnet.

**Zeis.** Ein hiesiger Kaufmann hat sich hier mit einem Wesler den Saß durchzuschneiden verurteilt. Da das Wesler nicht dazu genigte, gelang ihm sein Vorhaben nicht.

... wurde von einem Arzt verbannt und ist abends wieder ...

Das ist ein Bild unserer heutigen Zustände. Einige haben ...

Rechtens. Die 'Sittlich' sind vielfach fonderbare Leute ...

Nürnberg. Zu je 150 M. Strafe wurden neun Militär- ...

Teufeln. Weil der 19jährige Arbeiter Otto Vöhner auf ...

Chefleid. Im Konturs des Wehrbüros Köhler bleiben ...

Einladung. Die Stadtratsordnen lehnten das Geuch des ...

Wittenberg. Krieg im Frieden. Für den 4. u. 5. Juni ...

Magdeburg. Die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter ...

Klein Provinzial-Katholiken. Auf Große Siegfried bei Deußen ist Sonntag früh das ...

Pölschisches und Gerichtliches. Militarisismus und Familie. Einen unter dieser ...

Die Beschuldigung 'Sozialdemokrat' ist keine ...

Parleinachrichten. In den beabsichtigten Anstalten, die seit zwei ...

Einwand. Die noblen Jurisprudenzisten. Unter ...

Einwand. Die noblen Jurisprudenzisten. Unter ...

Einwand. Die noblen Jurisprudenzisten. Unter ...

Einwand. Die noblen Jurisprudenzisten. Unter ...

Einwand. Die noblen Jurisprudenzisten. Unter ...

Einwand. Die noblen Jurisprudenzisten. Unter ...

Einwand. Die noblen Jurisprudenzisten. Unter ...

Einwand. Die noblen Jurisprudenzisten. Unter ...

Einwand. Die noblen Jurisprudenzisten. Unter ...

Einwand. Die noblen Jurisprudenzisten. Unter ...

Rudolph, den ich das Blatt zum Zeitpunkt seiner ...

Im Wahlkreis ...

Im 14. wählbaren Wahlkreis, dem Wahlkreis ...

Generalversammlung des Verbandes der ...

Im Berliner Gewerkschaftshaus hielt in der ...

Der Reichsgerichtsrat ...

Der Reichsgerichtsrat ...

Der Reichsgerichtsrat ...

Der Reichsgerichtsrat ...

Der Reichsgerichtsrat ...

Der Reichsgerichtsrat ...

Der Reichsgerichtsrat ...

Der Reichsgerichtsrat ...

Der Reichsgerichtsrat ...

Der Reichsgerichtsrat ...

Der Reichsgerichtsrat ...

Der Reichsgerichtsrat ...

Der Reichsgerichtsrat ...

Der Reichsgerichtsrat ...

Der Reichsgerichtsrat ...

Der Reichsgerichtsrat ...

Der Reichsgerichtsrat ...

Der Reichsgerichtsrat ...

Der Reichsgerichtsrat ...

Der Reichsgerichtsrat ...

Der Reichsgerichtsrat ...

Der Reichsgerichtsrat ...

Der Reichsgerichtsrat ...

Der Reichsgerichtsrat ...

... nach zum Sonntag in einem ...

... Kaurahütte (Schlesien). Der Typus ist wieder im ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...

... Vermischtes. Unbefehlbare Vorfälle. Im letzten Jahre ...